

„Berliner Tageblatt“
erhöht sich gegenwärtig auf 100 Mark pro Jahr...



Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Sonntags-Beilage“...

Berliner Tageblatt

Nummer 218. Berlin, Dienstag, den 1. Mai 1900. XXIX. Jahrgang.

Deutschthum und Volksschule in Posen.

Ueber die Gestaltung des Posener Volksschulwesens geht uns von einem dortigen Lehrer nachfolgender Aufsatz zu:
Die Kreise des Kultusministers in Begleitung des Ministerialdirektors Dr. Kögler und des Geheimen Ministerialrats Dr. Althoff vor dem Oberste nach Polen hat die Wüste aller, die in der Volksschule ein wichtiges nationales Kulturmittel des Ostens sehen, wieder voll Spannung auf das weitere Schicksal der Stadt Posen gelenkt. Hier war in dem offiziellen Programm der Ministerreise nur die Besichtigung des neugegründeten hygienischen Instituts, des Reichsanstalts für die Posen, aber am Tage nach der Ankunft der Exzellenzen aus Berlin fand im Regierungsgebäude eine Konferenz in Volksschulangelegenheiten statt, welche mehrere Stunden dauerte, und an welcher außer den beiden Regierungsspezialisten aus Posen und Bromberg sämtliche hiesigen technischen Räte der Provinz theilnahmen. Dem nach Mangel eines Volksschulgesetzes wird jeder „neue Herr“ im Ministerium des Geistes im Anlange immer neugierig nach seiner Stellungnahme zu den inmierenden Schulfragen beobachtet werden. Hoff Erwartung wurde daher in Schulkreisen zu Beginn der Schuljahres der Entscheidung des Ministers entgegengebracht, in welcher Sprache fortan der Religionsunterricht den polnischen Schülern zu erteilen ist.

Einfluß der Kommune in Schulsachen wird also um so größer sein, je freier und unabhängiger der Schulrath Entscheidung zu treffen vermag, und je weniger sie von dem Gutachten jener staatlichen technischen Kräfte abhängen. Dieses Moment sollten die Magistrat größerer Gemeinden doch auch erwägen, zumal vor einigen Jahren die Rechte der Schuldeputationen erweitert worden sind.
Nicht minder sehen wir in der von uns betretenen Lösung dieser Verwaltungfrage eine Maßregel im nationalen Sinne. Warum überträgt die polnische Intelligenz in dem Nationalitätskampf ihren ganzen Haß auf die deutsche Volksschule? Weil sie in dieser das Instrument sieht, welches ihren letzten Absichten über die Gestaltung des Staates am nachhaltigsten entgegen arbeitet. Die Bewoßner der deutschen Landeshälfte können sich kaum vorstellen, welchen Götzen der Lehrer in seiner amtlichen Thätigkeit seitens der polnischen Bevölkerung angelegt ist, und wie jede Gelegenheit benutzt wird, um gegen ihn zu intrigieren. Dazu kommen dann noch die Schwierigkeiten, welche der Schule die Angriffe der orthodoxen deutschen Kreise bereiten, denen unter kräftig erstarktes Simultanaufstreben natürlich laugst ein Dorn im Auge ist.
Der Kränze erst mußte der Posener Lehrerverein in einer scharfen Resolution der Provinzialstunde entgegenzutreten. Nur ein mit der Praxis und der Gegenwart dieser schwierigen Verhältnisse vertrauter Mannstand wird in seinen Maßnahmen allen diesen offenen und versteckten Mißbräuchen recht zu begegnen wissen.

änderungsanträgen fällt es schwer, den Sinn jedes einzelnen Satz hervorzuholen. Schließlich drang die Fassung der Kommission in allen entscheidenden Punkten durch. Es ist angenommen, daß die drei Wählerabteilungen nach dem Maßstab der Drittelung der Gesamtsumme aller direkten Staats-, Provinzial-, Bezirks-, Kreis- und Gemeindefiskus gebildet werden, ferner daß für jede nicht zur Staatskommission steuerpflichtige Person ein Steuerbetrag von drei einmündigen Personen wählen in der dritten Klasse. Es ist ferner angenommen, daß in Gemeinden über 10,000 Einwohnern das sogenannte Durchschnittsprinzip Platz greift, d. h. daß alle diejenigen, deren Steuerbelastung den Durchschnitt übersteigt, in die zweite oder erste Klasse zu rechnen sind, die unter dem Durchschnitt liegen, in die dritte oder vierte Klasse. Die beantragte Zweidrittelmehrheit bei etwaigen Abänderungen wurde inoffen abgelehnt. Sogar der Herr Minister des Inneren erklärte, daß man es bei der einfachen Mehrheit belassen möge. Dann wurde noch die wichtige Forderung, die namentlich durch die Entwurfung des Schulraths in den Schulstädten unvermeidlich geworden, angenommen, daß zum Zwecke von Stadtvorordnungen nicht Wahl-, sondern Abstimmungsbezirke gebildet werden können. Somit ist nun dieses bis zur Unheimlichkeit verunkeltete Geleß betreffend die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindefiskuswahlen seiner Verabschiedung um einen entscheidenden Schritt näher gebracht worden.

Während nämlich seit Jahren in den Vororten Posens auf der Mittel- und Oberstufe nur deutscher Religionsunterricht erteilt wird, werden die hauptsächlich mittelständigen wohl gebildeten Kinder der Stadt noch auf allen Stufen polnisch unterrichtet. Mit der am 1. April d. J. erfolgten Eingemeindung wurde diese Quasiklasse nach der einen oder anderen Seite hin seine Lösung finden, und diese konnte nach der Meinung aller deutschen Kreise nur in der Weise erfolgen, daß der gelammte Unterricht jetzt in allen Schulen deutsch erteilt werde. Dieser Erwartung ist eine Entscheidung in der Richtung nicht getroffen worden. Der Minister hat sich diese vielmehr vorbehalten. Es bleibt also alles beim Alten, das heißt, in den früheren Stadtschulen wird in polnischer Sprache Religion gelehrt, in den eingemeindeten Schulen in deutscher. Bei dem häufigen Wechsel der Schüler zwischen den eingemeindeten Schulen kann also ein Kind heute diesen Unterricht deutsch und beim Umzug in eine der nächsten Quartals polnisch erhalten. Wie sich dieses Verhältnis bei der Menge von Memorien im Religionsunterrichte gestalten wird, das kann sich Jeder ausmalen: die Schüler werden zuletzt in keiner Sprache über einen festen Werstoff verfügen, und die Gelehrten werden auf die Simultanschule schelten, wenn die Kinder dann so ausgeführt in den Konfirmationsunterricht eintreten.

Der nun hiesigen Volksschule in Berlin befehligte General Del Manno (nicht Del Manno, wie der Name vielfach irrtümlich geschrieben wurde) gehört einer der vornehmsten alten Familien Mailands an. Er gilt in seinem Vaterlande als eines der besten und sympathischsten Elemente der Armee. Denn er hat sich niemals hervorgetragen, niemals den Politiker gespielt, was in Italien, wie der parlamentarische Wahlkreis für die Generale ergibt, des Schicksals vorzukommen. Dagegen hat er stets, wenn er zu irgend einer Aufgabe berufen wurde, diese in der vorzüglichsten Weise geleistet. Man rechnet es ihm in den politischen Kreisen ebenso wie in der öffentlichen Meinung Italiens als besonderes Verdienst an, daß er vor zwei Jahren bei dem Ausbruch der Unruhen in Mailand dort das größte Unheil verhüten wollte. Das nachherige Eingreifen der herbeigeeigneten Militärmächte unter dem General Pava hat nur die Ordnung wieder hergestellt, daß das Verhalten des Generals Del Manno hätte in geschichtlicher Weise verhandelt, daß die Revolte zur Revolution und zum Kriege wurde. Man kann auf kleinstem Gebiete große Eigenschaften entwickeln, und Del Manno, der mit hiesigen höchsten Mann die einzige Befehlshaber der Stadt bildet, ist in hiesigen Kreisen, wie er seine Aufgabe in Mailand löste, bewundert worden, wo man ihn bisher gefeiert hat. Er glänzte ebenso bei den Mandarinen, wie er sich im Ministerium des Auswärtigen durch seine Stellung als Militärratsherr auf das Augenmerk hervorgehoben machte. Man rühmt ihn nach, daß er in Berlin als persona gratissima beim Kaiser galt, und dieser Umstand mag besonders dazu beigetragen haben, den angelegenen und liebenswürdigen Offizier zum Diplomaten am deutschen Hofe werden zu lassen.

Die von uns geübte Kritik an den öfters erwähnten Vorkäufen im Wirtschaftsausschuß ist von den Vertretern selbst als unbedeutend hingestellt worden. Jetzt erzieht sich aus dem Bericht eines Spezialisten der feindlichen Zeitung, welcher unter dem Namen E. Struwe in der „Wochenzeitung für Brauerei“ veröffentlichte, daß sich die Sache noch viel schlimmer abgeheilt hat, als wir früherzeit berichtet konnten. In diesem Bericht wird zunächst konstatiert, daß nicht nur die Vertreter des Brauergewerbes, sondern auch die der übrigen Kreise überaus stark waren, als ihnen für vor der Errichtung der Brauerei die Absicht, auch die Zollveränderungen zu betreiben, bekannt wurde. Es heißt in dieser Beziehung weiter, daß die ohne jeden bezüglichen Auftrag erschienenen Anwaltsvertreter sich einfach überzogen zu fühlen, als der Vorsitzende der Konferenz, Herr Scheinert, Begründungszweck demnach, die Gesetzgebungsanstalten machten, und mit einer leichten Gloze über die hervorragende Sachkunde der anwesenden Vertreter zugleich zur Erörterung der Postion E. Struwe überging. Die anwesenden Mitglieder des „Wirtschaftlichen Ausschusses“ v. Soden, Frauenhofen als Vertreter der süddeutschen und Graf Kautz als Vertreter der norddeutschen Landwirthschaft forderten darauf sofort die Gleichstellung des Getreides mit dem Weizen, das heißt also, wie von uns bereits berichtet, eine Erhöhung des Ertrages von 2 Mark auf 5 Mark pro Doppelcentner, als etwas ganz Selbstverständliches. Es wird in dem Bericht ferner bezeugt, daß nicht nur diese Forderung von den Vorstehenden dankbar entgegengenommen wurde, sondern auch die Vertreter der Malzerei ausdrücklich ersucht wurden, ihre Wünsche in Bezug auf die Malzollerhöhung recht bald dem Reichsausschuß des Inneren einzubringen. Aber noch mehr. Nachdem als Vertreter der süddeutschen Brauereien Herr Kommerzienrath Johann Sedlmayr München sich gegen die Erhöhung des Getreides, insbesondere auch des Malzollausgesprochen hatte, wollte er in Vertretung des am Erscheinen verbindehten Reichstagsabgeordneten Klöße ersichene Vertreter des Reichsausschusses auch für die norddeutschen Brauereien Veranlassung gegen die Erhöhung des Getreides einlegen. Hieran wurde er aber verhindert, in dem ihm der Vorsitzende des Ausschusses mit dem Worte: „Wem es um die Erhöhung des Malzoll zur Erörterung stände, ein solches Verlangen an offizieller Stelle muß in der That in all den Kreisen, welche unter den maßvollen Forderungen der Agrarier zu leiden haben würden, Erstaunen und Entrüstung hervorrufen.“

Nicht minder lebhaft als durch die Regelung der Sprachfrage im inneren Unterrichtsgebiet ist das Interesse für die Schule zur Zeit in Anspruch genommen durch die Neuordnung der Verwaltung des städtischen Schulwesens. Durch die erfolgte Eingemeindung dreier Vororte ist das Schulverhältnis so umfangreich geworden, daß keine Bearbeitung einer besonderen Arbeit übertragen werden soll, leider wir müssen es sagen — nicht einen Schulmann, sondern einen Juristen. Es wird wichtiger Arbeit bedürfen, um das etwas rückständige Schulwesen der informellsten Bezirke auf den Stand der Posener Schulen zu bringen. Auch in der Absicht bedarf es durchgreifender Veränderungen, um die Klassenübersichtungen zu befestigen. Alle Aufgaben, wozu die sich daraus für unsere Schulverwaltung ergeben, sind unzulässiger Natur, dagegen nirgends Möglichkeiten, bei denen das corpus juris in Frage käme. Die homogene Zusammenfassung des Magistrats und seine Einheitlichkeit wird durch den Eintritt eines Schulmannes schwerlich getrübt werden. Allerdings wird jede neue Kraft auf einen fremden Arbeitsfeld immer einer gewissen Ueberanpassung bedürfen, um die neue Stellung voll auszufüllen, aber diese Vorbereitungszeit wird für den Schulmann leichter sein als für den Juristen. Gerade darauf kommt es aber an, diese unvermeidliche, wenn auch sehr unangenehme „Schönheit“ gerade jetzt, wo nach der Eingemeindung unsere ganze Schulverwaltung losgelassen schwindet, nach Möglichkeit zu verkürzen. Zur Zeit muß gehandelt werden, wenn nicht schwere Verfehlungen an Kraft und pekuniären Opfern der Stadt auf diesem Gebiete erwachsen sollen.

Ueber den Inhalt des in der Reichsausschuss vorbereiteten Kompromisses verhandelt so viel, daß der Verbot der Einfuhr von Wachs von den verbündeten Regierungen aufgehoben worden sein soll, dagegen die Kontrolle von Holz herein gelassen werden sollen. Beim Postfach wird die Postfachverwaltung eine differenzierte Behandlung je nach dem Quantum zu platzgreifen.

Ueber den Inhalt des in der Reichsausschuss vorbereiteten Kompromisses verhandelt so viel, daß der Verbot der Einfuhr von Wachs von den verbündeten Regierungen aufgehoben worden sein soll, dagegen die Kontrolle von Holz herein gelassen werden sollen. Beim Postfach wird die Postfachverwaltung eine differenzierte Behandlung je nach dem Quantum zu platzgreifen.

Gegenüber der Auffassung, daß bei dem Wesschen einer staatlichen Kreisinspektion am Orte der neue Schulrath nur die äußeren Angelegenheiten zu erledigen habe, und keine sachliche Bildung daher weniger in Betracht komme, müssen wir entgegen, daß die Interessen einer freien, städtischen Selbstverwaltung es geradezu fordern, daß der städtische Schulrath nicht in jeder technischen Frage von vornherein abhängig gemacht werde von dem staatlichen Schulinspektor. Die städtische Schulverwaltung zählt zu ihren Mitgliedern Vorstehende, Schulinspektoren und Landgerichtsräte. Den Vätern, welche die Volksschule aus der Praxis kennen, gehört ihr jedoch außer dem erwähnten städtischen Schulinspektor nur ein Mitgliedsrecht an. Letzterer ist in seiner Eigenschaft als Volksschulinspektor stets mehr oder weniger abhängig von seinem direkten Vorgesetzten. Das Maß des

Ueber den Inhalt des in der Reichsausschuss vorbereiteten Kompromisses verhandelt so viel, daß der Verbot der Einfuhr von Wachs von den verbündeten Regierungen aufgehoben worden sein soll, dagegen die Kontrolle von Holz herein gelassen werden sollen. Beim Postfach wird die Postfachverwaltung eine differenzierte Behandlung je nach dem Quantum zu platzgreifen.

Ueber den Inhalt des in der Reichsausschuss vorbereiteten Kompromisses verhandelt so viel, daß der Verbot der Einfuhr von Wachs von den verbündeten Regierungen aufgehoben worden sein soll, dagegen die Kontrolle von Holz herein gelassen werden sollen. Beim Postfach wird die Postfachverwaltung eine differenzierte Behandlung je nach dem Quantum zu platzgreifen.